**Infobrief Nr. 35/2018 vom 17.09.2018, 17. Jahrgang**

## Aus dem Europäischen Parlament

**Ungarn und die Grundrechte der EU: Kann ein im Kern rein politisierter und polemischer Bericht entzaubert werden?**

# „Nun besteht die Chance auf einen Freispruch erster Klasse“

**Der mögliche Beginn eines Artikel-7-Verfahrens ist keine Vorverurteilung, sondern der Beginn eines Dialogs und einer fairen, unabhängigen, ergebnisoffenen Prüfung.**

Rechtsstaatlichkeit, freie Meinungsäußerung und Demokratie gehören zu den Säulen der EU. Diese Werte gilt es zu verteidigen. Jeden Tag aufs Neue! Werden diese Werte durch einen Mitgliedstaat möglicherweise verletzt, müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Und zwar überall in Europa und ohne Ansehen der Person. Der Artikel 7 des Lissaboner Vertrages (Vertrag über die Europäische Union) regelt solch ein Prüfverfahren.
Es eröffnet auch die Chance, zu prüfen, wie die Situation in Ungarn wirklich ist. Deshalb habe ich, wie die Mehrheit der CDU-Abgeordneten, für das Artikel-7-Verfahren bezüglich Ungarn gestimmt. Wichtig war mir dabei, dass das Verfahren objektiv betrieben und nicht parteipolitisch instrumentalisiert wird. Der vorgelegte Bericht war leider einerseits voller Fehl- und Falschinformationen, andererseits enthielt er kritikwürdige Feststellungen, die es zu überprüfen gilt. Er ist im Kern ein rein politisierter und polemischer Bericht. Er kritisiert Entscheidungen der Orbán-Regierung, die im Zuständigkeitsbereich der Ungarn liegen. Hierin sehe ich keinerlei Rechtsstaatlichkeitsverletzung! Er beinhaltet aber vor allem in Bezug auf Meinungsfreiheit und Bildungsvielfalt Aspekte, die ich für unabdingbar halte.
Stil, Form und Inhalt des linksgeprägten Berichtes hätten eine Ablehnung verdient! Um aber den Spekulationen über Vertuschung, Gemauschel und Vetternwirtschaft keinen Raum zu geben, habe ich für ihn gestimmt. Durch die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens besteht nun die Chance auf einen „Freispruch erster Klasse“! Und diese Chance möchte ich der ungarischen Regierung sowie dem ungarischen Volk, das Orbán (FIDESZ) bereits dreimal mit absoluter Mehrheit gewählt hat, einräumen. Ich wünschte mir so klare Verhältnisse in Deutschland!

**EU-Parlament hat Details zum Europäischen Digitalen Verwaltungsportal ausgearbeitet**

# Portal wird Zugang zu allen nationalen Websites ermöglichen

Wir haben vergangene Woche neue Vorschriften verabschiedet, die es Bürgern und Unternehmen erleichtern werden, ihre Anträge und Unterlagen online über einen einzigen digitalen Zugangspunkt zu verwalten. Dieser Service wird vor allem den Menschen nützen, die in ein anderes EU-Land umziehen, dort leben oder studieren wollen und bestimmte Dokumente wie die Geburtsurkunde oder einen Wohnsitznachweis brauchen. 13 wichtige Verwaltungsverfahren, von der Anmeldung eines Kraftfahrzeugs bis hin zur Beantragung von Sozial- oder Rentenleistungen, werden damit künftig online zugänglich gemacht. Daneben ist das Portal auch sehr wichtig für Unternehmen, die Informationen über grenzüberschreitende Aktivitäten und Verfahren benötigen. Es gilt der Grundsatz: Wichtige Daten, die schon von nationalen Behörden aufgenommen wurden, müssen nur einmal vorgelegt werden. Der Verordnungsentwurf muss nun vom EU-Ministerrat noch formell genehmigt werden.

EU-Parlament erteilt Verhandlungsmandat zur Reform des Urheberrechts

# „Die Urheberrechtsreform ist längst überfällig!“

**Rechtssicherheit können wir nicht nur im realen Leben erwarten, sondern auch im Netz, der digitalen Welt. Das Votum des EU-Parlaments vergangene Woche ist ein großer Schritt hin zu einem durchsetzbaren Urheberrecht auch in diesem Bereich.**

Der Schutz von Urhebern muss ernst genommen werden! Es geht hier schließlich nicht nur darum, endlich den kulturellen Diebstahl im Netz zu unterbinden, sondern auch um die Frage der Akzeptanz des Rechtsstaats. Wir müssen deshalb im Online-Bereich schnellstens zu verbindlichen und durchsetzbaren Regeln kommen. Künstler, Kreative und Journalisten haben genauso ein Recht auf eine angemessene Vergütung wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und alle Rechteinhaber haben einen Anspruch auf die Anerkennung ihres geistigen Eigentums, online genauso wie offline.
Es wird deshalb Zeit, dass vor allem die großen nichteuropäischen Online-Plattformen faire Lizenzvereinbarungen mit den Rechteinhabern treffen und die unentgeltliche Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Werken eindämmen. Der Vorschlag des Europaparlaments ist ein konstruktiver Schritt: Die neue Richtlinie zielt darauf ab, dass Künstler, insbesondere Musiker, Interpreten und Drehbuchautoren sowie Nachrichtenverleger und Journalisten für ihre Arbeit bezahlt werden, wenn diese von YouTube und Facebook oder Nachrichtenaggregatoren wie Google News genutzt wird.
Wir haben den Anwendungsbereich auf diejenigen Plattformen beschränkt, die von Verstößen gegen das Urheberrecht am meisten profitieren. Webportale wie Spotify, iTunes, Netflix, Ebay, Wikipedia, Dating-Plattformen, Plattformen zur Softwareentwicklung, Blogs, private Homepages oder Dropbox fallen alle nicht unter die Richtlinie. Unsere Verhandlungsführer werden den Vorschlag nun mit den Ministern der Mitgliedsländer („Ministerrat“) diskutieren. Ohne deren Zustimmung kann die neue Richtlinie nicht in Kraft treten. Ich hoffe, dass das jetzt so zügig wie möglich über die Bühne geht, denn die Urheberrechtsreform ist in meinen Augen längst überfällig!

EU-Parlament gibt grünes Licht für Europäisches Solidaritätskorps (ESK)

# Leichterer Zugang für Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten

**Wir EU-Abgeordneten haben dem Europäischen Solidaritätskorps (ESK) formal die Zustimmung gegeben. Damit ist der Rechtsrahmen jetzt gesichert.**

Das Programm ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Teilnahme an Solidaritätsprojekten, unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt- und Katastrophenschutz, Bereitstellung von Lebensmitteln und Sachleistungen sowie Aufnahme und Integration von Migranten und Asylsuchenden.
Seit der Einführung des Korps Ende 2016 haben sich mehr als 70.000 Menschen registriert, und nahezu 7000 Teilnehmer sind bereits ehrenamtlich in Bereichen wie der sozialen Eingliederung, der Integration von Migranten, der Unterstützung von Gemeinschaften vor Ort, dem Kulturerbe oder der Bildung tätig. Wir EU-Abgeordneten haben beschlossen, jungen Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten den Zugang zu dem Programm zu erleichtern. Dazu gehören zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, Menschen aus isolierten Gemeinschaften und Angehörige benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie junge Menschen mit Lernschwierigkeiten oder gesundheitlichen Problemen. Ihnen müssen die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten spezielle Maßnahmen sowie eigens auf sie zugeschnittene Hilfestellungen und Betätigungsmöglichkeiten innerhalb des Korps bieten.
Außerdem haben wir Regeln gesetzt um zu verhindern, dass teilnehmende Organisationen junge Menschen unbezahlte Tätigkeiten verrichten lassen, die eigentlich von qualifizierten Arbeitskräften wahrgenommen werden müssten. Für die Teilnahme an dem Programm benötigen die Einrichtungen zudem ein „Qualitätssiegel“, das sie als Träger hochwertiger Solidaritätsprojekte auszeichnet. Dieses Siegel wird regelmäßig überprüft.

Lage der Union

# „Wir müssen unser Schicksal selber in die Hand nehmen!“

**In seiner letzten großen Rede zur Lage der Union hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu aufgerufen, den eingeschlagenen Weg fortzuführen. Außerdem hat er ein neues Verhältnis der EU zu Afrika angemahnt, um den Migrationsdruck zu reduzieren. Wie recht er hat!**

Das Friedensprojekt „Europäische Union“ steht von innen und von außen unter Druck. Gleichzeitig befindet sich die Welt um uns herum im Umbruch. Milliarden Menschen auf der Erde „ticken“ anders, nicht besser oder schlechter, aber eben anders als wir. Sie warten nicht auf uns! Die EU muss deshalb den Anspruch haben, nicht nur ein „global payer“ (Zahlmeister) zu sein, sondern ein „global player“ (Mitspieler) – fair, selbstbewusst, zielstrebig, smart!
So ist meines Erachtens eine Führungsrolle beim Welthandel unerlässlich. Die „America first“-Politik von US-Präsident Trump ist eine Chance für die EU, dies umzusetzen, wie beispielsweise mit dem neuen Freihandelsabkommen EU-Japan. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und mit Selbstvertrauen agieren. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen (im Rat) bei außen- und sicherheitspolitischen Aspekten sowie im steuerrechtlichen Bereich werden die EU handlungsfähiger, schneller und schlagkräftiger machen. Das wird beinahe automatisch dazu führen, dass der Euro auf internationaler Bühne mehr Bedeutung erlangt.
Die Ankündigung Jean-Claude Junckers, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterzuentwickeln und noch in seiner Amtszeit den europäischen Verteidigungsfonds durch konkrete Projekte mit Leben zu erfüllen, begrüße ich. Sie ist die richtige Antwort auf die veränderten geopolitischen Herausforderungen.
Es ist wichtig, dass die EU die Sorgen der Menschen aufnimmt. Dazu gehört zum einen, dass Unternehmen wie Apple und Amazon endlich angemessen Steuern zahlen und sich nicht auf Kosten von Handwerk, Mittelstand und Arbeitnehmern bereichern. Zum anderen brauchen wir ein gemeinsames Asyl- und Zuwanderungsrecht sowie gemeinsame Regeln und Verfahren für Abschiebungen. Unsere Vorschläge dazu liegen seit langem auf dem Tisch. Jetzt sind die Mitgliedstaaten gefordert. Wenn sie es wie in der Vergangenheit selbst nicht schaffen, dann müssen sie der EU die notwendigen Kompetenzen übertragen. Und zwar schnell! Dann können wir in Europa die Erwartungen der Menschen erfüllen und die Akzeptanz der EU steigern.

EU-Kommission legt Gesetzesvorschlag zum Ende der Zeitumstellung vor

# „Natürlich muss eine binnenmarktkonforme Lösung her“

**Die EU-Kommission hat einen Gesetzesvorschlag zur Aufhebung der EU-Sommerzeitrichtlinie vorgelegt. Dieser wird nun in den kommenden Monaten von EU-Parlament und Rat beraten und beschlossen.**

Als einer der beiden Hauptinitiatoren der Kampagne zur Abschaffung der Zeitumstellung im EU-Parlament bin ich natürlich froh, dass die Kommission die logische Konsequenz aus der EU-Bürgerbefragung zieht, die so eindeutig den Willen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. Dass die Zeitumstellung für die Menschen keinen Vorteil bringt, ist hinlänglich bewiesen. Seit der Online-Konsultation wissen wir, dass auch die große Mehrheit der Bürger hinter der Forderung von mir und meinen Mitstreitern steht, die lästige und ungesunde Uhrzeit-Dreherei abzuschaffen.
Der Richtlinien-Vorschlag sieht vor, dass am 31. März nächsten Jahres zum letzten Mal auf die Sommerzeit umgestellt wird. Die Mitgliedstaaten können jedoch entscheiden, ob sie am 27. Oktober 2019 noch ein letztes Mal eine Anpassung auf die Winterzeit, also die eigentliche Standardzeit, vornehmen. Mir persönlich ist es ziemlich egal, ob wir die Winter- oder die Sommerzeit behalten, solange wir nur die Zeitumstellung abschaffen. Natürlich muss eine binnenmarktkonforme Lösung her, was für mich bedeutet, dass wir uns in der EU auf eine gemeinsame Zeit einigen.

**RAG Weimarer Land-Mittelthüringen: Dritter Projektaufruf für LEADER-Vorhaben 2018**

# Budget für das Jahr 2018 ist noch nicht voll ausgeschöpft

**Die RAG Weimarer Land-Mittelthüringen e.V. ruft nochmals private Antragsteller zur Einreichung von Förderanträgen für kurzfristig umzusetzende Projekte auf.**

Bereits im Juni 2018 hatte der Fachbeirat zwei nachgereichte private Projektanträge für förderwürdig erklärt, darunter ein weiterer Bauabschnitt für den Neubau des evangelischen Gemeindezentrums Bad Berka. Ein weiterer Projektantrag wurde zwischenzeitlich zurückgezogen, so dass das im privaten – nicht kommunalen – Bereich zur Verfügung stehende Budget für 2018 nicht ausgeschöpft wird. So stehen noch Fördermittel zur Verfügung, die noch in diesem Jahr bewilligt werden müssen, aber erst in den Folgejahren umgesetzt werden können. Dies betrifft 15.000 Euro für das Jahr 2019 und 13.000 Euro für 2020.

Die RAG Weimarer Land-Mittelthüringen e.V. ruft daher nochmals Privatpersonen, Vereine und Unternehmen zur kurzfristigen Einreichung von entsprechenden Projektanträgen auf. Folgende Zielstellungen sind dabei von besonderer Bedeutung: Förderung der regionalen Identität, Steigerung der regionalen Wertschöpfung und Lebensqualität, Verbesserung der touristischen Infrastruktur und der Vermarktung der ländlichen Tourismusleistungen sowie die Unterstützung kleiner Unternehmen in Bezug auf Diversifizierung, Gründung und Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wünschenswert wäre es, wenn die Vorhaben Kooperationen anstoßen und integrierte Ansätze beinhalten. Die Frist zur Einreichung der Projektanträge ist der 26. September. Mehr Infos unter: *http://www.leader-rag-wei.de/richtlinien_formulare_hinweise/?*

**25 Jahre Jugendfeuerwehr Westenfeld**

Die Jugendfeuerwehr Westenfeld (Stadt Römhild) hat ihr 25. Jubiläum gefeiert und mich als einen der Ehrengäste eingeladen. Dieser Einladung bin ich nur allzu gern gefolgt. Das freiwillige Engagement, sei es auf lokaler oder globaler Ebene, kann in meinen Augen nicht genug gewürdigt werden! Es ist einer der wichtigsten Bausteine unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Die Jugendlichen der Feuerwehr Westenfeld hatten sich im Jahr 1993 selbst für den Aufbau dieser Abteilung eingesetzt – und wie man sieht, mit nachhaltigem Erfolg!

**25. Oktober in Jena: Bürgerdialog zur Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch**

# Bürgerdialog: „Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“

Unter dem Motto „Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“ lädt die überparteiliche Europa-Union Deutschland und die Stadt Jena zum Bürgerdialog am 25. Oktober um 18 Uhr in das Historische Rathaus Jena. Die Veranstaltung startet mit einem kurzen einführenden Gespräch unter dem Titel „Wohin mit Europa?“. Anschließend findet der offene Dialog in parallellaufenden Themenräumen zu den Schwerpunkten „Europas Rolle in der Welt: Werte, Außenpolitik, Sicherheit, Migration“ sowie „Wirtschaft und Soziales: Arbeit, Binnenmarkt, Verbraucher- und Sozialstandards“ statt. Anmelden können Sie sich bis 24. Oktober per Email (*info@europa-union.de*) oder direkt über das Onlineformular. Die Teilnahme ist kostenlos. Der Bürgerdialog wird von der Europa-Union Thüringen in Kooperation mit den Jungen Europäischen Föderalisten Jena durchgeführt. Weitere Infos unter: *www.eud-buergerdialoge.de*

# Service und Termine

### ★ Ihre Projekte zur Europawahl

Ende Mai 2019 braucht Europa jede Stimme: Dann findet in den (wahrscheinlich) nur noch 27 EU-Mitgliedstaaten die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Projekte aus „Erasmus+ Jugend in Aktion" fördern den europäischen Austausch und das demokratische Bewusstsein junger Menschen. Und damit die Motivation, wählen zu gehen. Beantragen Sie Ihre Projekte jetzt! Für die nächste Antragsrunde (Deadline: 4. Oktober) stehen die Antragsformulare bereit. Mehr Informationen unter: *https://bit.ly/2MdBJTq*

### ★ Website des Europäischen Solidaritätskorps

Das Europäische Solidaritätskorps ist praktiziertes Engagement für Europa. Die Website *https://www.solidaritaetskorps.de/* ist jetzt die Plattform, wo interessierte Jugendliche und unterstützende Organisationen alle wichtigen Informationen für ihren Einstieg finden.

### ★ E-Twinning-Wochen starten im Oktober

Vom 1. bis zum 25. Oktober finden europaweit die eTwinning-Wochen statt. Lernen Sie das Netzwerk für Schulen in Europa jetzt kennen und probieren Sie aus, wie unkompliziert Sie dort Schulen für gemeinsame Austauschprojekte finden oder sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern austauschen können. Wenn Sie ein eTwinning-Projekt während der eTwinning-Wochen registrieren, hat die Nationale Koordinierungsstelle für Sie zur Begrüßung ein kleines Willkommenspaket reserviert. Erfahren Sie mehr unter: *https://bit.ly/2xgKyGf*

### ★ Starting Grants: Ausschreibung ist geöffnet

Die Ausschreibung für die Starting Grants 2019 ist geöffnet. Zielgruppe sind exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die sich zwei bis sieben Jahre nach der Promotion befinden. Die Einreichungsfrist ist der 17. Oktober. Die maximale Projektlaufzeit beträgt fünf Jahre bei einer Fördersumme von maximal zwei Millionen Euro. Infos unter: *https://bit.ly/2xa5eRj*

### ★ Horizont 2020 für Einsteiger

Am 10. Oktober wird ein Seminar der Reihe „Horizont 2020 für Einsteigerinnen und Einsteiger" des EU-Büros des Bundesforschungsministeriums in Berlin durchgeführt. Die Teilnehmer lernen bei der eintägigen Veranstaltung die allgemeinen Strukturen, Ziele und Inhalte von Horizont 2020, dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, kennen. Es werden ebenfalls Basisinformationen zu den Beteiligungsregeln und der Antragsvorbereitung vermittelt. Mehr Informationen unter: *https://bit.ly/2Mug89h*

### ★ Max Weber Stiftung: Reisestipendien China

Die Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS) vergibt mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung seit 2018 (für zunächst drei Jahre) einmal jährlich Reisestipendien an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Promovierende, Postdoktorandinnen und Postdoktoranden) der Sinologie oder verwandter Fächer, die sich in ihrer beruflichen Qualifikationsphase mit Geschichte, Sprache oder Kultur Chinas im weitesten Sinne beschäftigen und für deren Forschung ein Aufenthalt vor Ort unabdingbar ist. Die Bewerbungsfrist endet am 12. Oktober. Infos unter: *https://www.max-weberstiftung.de/foerderung/reisestipendien-china.html*

### ★ Förderprogramm „AusbildungWeltweit"

Über das Förderprogramm „AusbildungWeltweit" sind Auslandsaufenthalte von Auszubildenden in über 100 Ländern weltweit möglich. Zuschüsse gibt es für Aufenthalte in allen Ländern, die nicht bereits durch das Programm Erasmus+ abgedeckt werden und für die das Auswärtige Amt keine Reisewarnung ausgesprochen hat. Mehr Infos unter: *http://www.ausbildung-weltweit.de*



Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

**Dr. Dieter-L. Koch, MdEP**
**Europabüro**
**Frauenplan 8**
**99423 Weimar**

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU